

Ein fortschrittlicher Ausweg aus der Krise

Lucas Zeise

Um fast sieben Prozent ist das Bruttosozialprodukt in Deutschland im ersten Quartal 2009 gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres gefallen. Das ist ein außerordentlich hoher Wert. Einen ähnlich steilen Sturz von Nachfrage, Produktion, geleisteter Arbeit hat es seit Bestehen der beiden Republiken nicht gegeben. Der Absturz ist in Deutschland besonders steil, weil dieses Land ein von der Entwicklung des Welthandels und der Investitionsgüternachfrage in aller Welt extrem abhängiges Industrie- und Exportland ist. Jedoch zeigt sich darin auch, dass sich die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft in einer tiefen Reproduktionskrise befindet.

Einfach gesagt handelt es sich um eine ganz gewöhnliche und für den Kapitalismus typische Überproduktionskrise. Die Nachfrage ist 2007/08 im Zuge der Finanzkrise plötzlich abgebrochen. Sie erweist sich, verglichen mit den Produktionskapazitäten als weit zu gering. Das Bemerkenswerte daran ist ferner, dass diese Nachfragerücke weltweit aufgetreten ist und sich weltweit manifestiert. Der letzte Globalisierungsschub der Weltwirtschaft war also von durchschlagendem Erfolg gekrönt.

Um die Gemüter der Bürger, Banker und Politiker etwas aufzuheitern, sagte der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet kürzlich, die Konjunktur der Eurozone befinde sich an einem „Inflection Point“. Das wird im Deutschen, der Praxis der Geometriker folgend, als „Wendepunkt“ bezeichnet. Die deutschen Gemüter mögen von Trichets Worten also ganz besonders aufgeheitert worden sein, weil sie sich vorstellten, von nun an gehe es wieder aufwärts. Das hat Präsident Trichet, der zwar wenig von Ökonomie, aber doch etwas Mathematik versteht, mitnichten gemeint oder gesagt. Vielmehr handelt es sich bei dem konstatierten Inflection point um die Wende der 2. Ableitung des konjunkturellen Wachstums oder, einfacher gesagt, die Geschwindigkeit des Absturzes der Wirtschaft nimmt nicht mehr zu sondern ab. Die Kurve, die nach unten führt, wird nicht mehr steiler sondern flacher.

Leider sagt diese Feststellung nichts über den weiteren Kurvenverlauf aus. Es kann sein, dass die Konjunktur nun in eine Stagnation übergeht, dass sogar nach einer Weile geringes Wachstum resultiert oder aber, dass sich der Absturz der Nachfrage wieder beschleunigt. Krisenverschärfend wirken die Schrumpfungsprozesse selbst. So dürften in Deutschland wie überall die wegen steigender Arbeitslosigkeit und massiv ausgeweiteter Kurzarbeit geringer werdenden Lohneinkommen die Konsumnachfrage im Inland weiter dämpfen. Dem stehen staatliche Ausgabenprogramme entgegen. Insgesamt bleibt die Inlandsnachfrage der stabilisierende Faktor. Obwohl der Sozialstaat in den letzten Jahren abgebaut wurde, hat er immer noch eine erhebliche, die Nachfrage stützende Wirkung. Das unterscheidet die jetzige Krise positiv von der letzten großen Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 folgende. Für die anderen Nachfragekomponenten, Export und Investitionen, gilt die Feststellung Trichets: Wahrscheinlich wird ihr Absturz gebremst. Aber eine nennenswerte Erholung ist nicht in Sicht.

Die europäischen Regierungen, die Unternehmerverbände, die Banker und Zentralbanker des Kontinents verfolgen die einfache Strategie, diese Krise durchzustehen, um wie Frau Merkel

immer wieder treffend betont, aus der Krise stärker hervorzugehen. Zu ergänzen ist: „stärker als die Konkurrenz in Asien und Amerika“. Zunächst stützte sich diese Strategie auf die Erwartung, es werde, wie bei vielen Überproduktionskrisen zuvor sich recht bald wieder jene schöne Zustand blühender Weltmärkte und reger Nachfrage allerorten einstellen. Nun, da sich in einer Art Schule der Enttäuschungen die Erwartungen weiter verdüstern, bleibt nur einfacher Durchhaltewillen übrig. Der Weg aus der Krise besteht einfach darin, sie durchzustehen. (Dennoch wird es aus wahltaktischen Gründen in Deutschland wahrscheinlich kurz vor den Ferien ein staatliches Ausgabenprogramm vor allem von Steuersenkungen geben.)

Die USA haben dagegen eine Vorstellung, wie die Weltwirtschaft und die dominierende Rolle der USA darin wieder in Schwung zu bringen sei. Regierung und Notenbank versuchen, die Spekulationswelle des Finanzsektors wieder in Gang zu bringen, die 2007 übergeschwappt war. Die Verluste an nominalem Vermögen bei den Banken, bei den Fonds und Versicherungen, bei den produzierenden Unternehmen, bei den Pensionsfonds, den Privathaushalten sollen aufgehalten und mit staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wieder wettgemacht werden. Die Methode von Obamas Finanzminister Geithner zur Rettung der Banken sieht keine direkte weitere Zuwendung von Steuermitteln oder neue Garantieerklärungen vor, sondern sie fördert die Spekulation mit den faulen Krediten der Banken, die üblicherweise so genannte Geierfonds vornehmen. Insgesamt aber verteilt die Regierung Obama Geld noch freizügiger unter Banken und in der breiten Öffentlichkeit als die Regierung Bush. Das Ziel ist es, die Zugmaschine der US-Konjunktur, die Verschuldung der privaten Haushalte, wieder Fahrt aufnehmen zu lassen.

Angesichts des vergangenen Desasters und der Tiefe der Krise ist es extrem unwahrscheinlich, dass dieser Ausweg aus der Krise gelingt. Wahrscheinlicher sind eine Reihe staatlich angestoßener Spekulationsschwäpser, die nicht lange vorhalten. Die vom Kapital der beiden großen Zentren verfolgten Strategien dürften, milde ausgedrückt, nicht zum Ziel, dem Ausweg aus der Krise führen. Wenn sich das klarer herausstellt, besteht die Gefahr, dass statt der teilweise expansiven Lösungen zunehmend restriktive gewählt werden, die denen eines Heinrich Brüning im Deutschen Reich ähneln könnten.

Jedenfalls ist es umso wichtiger festzuhalten, dass es fortschrittliche Wege aus der Krise gibt. Das sind keine Exklusivprogramme, die nur bei dieser Partei, jenem Grüppchen oder kleinen Think-Tanks vorhanden sind. Diese Vorschläge sind auch keineswegs sensationell. Sie sind mit unterschiedlicher Betonung weitgehend Bestandteil linker und gewerkschaftlicher Vorstellungen seit vielen Jahren. Sie gewinnen durch die Krise allerdings an Aktualität.

Man kann sie kurz in drei wesentlichen Forderungsgruppen zusammenfassen:

1. Der Trend zu immer ungleicher werdender Einkommensverteilung muss umgekehrt werden. Fehlende Kaufkraft ist die eigentliche Ursache für die Krise und zwar im Weltmaßstab. Nur bei stetig steigenden Realeinkommen der breiten Bevölkerung kann eine halbwegs gleichgewichtiges Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft erreicht werden. Der wichtigste Bestandteil dazu sind höhere Lohnabschlüsse als in der Vergangenheit. Renten und andere Sozialleistungen müssen ebenfalls stärker wachsen als das Volkseinkommen.

2. Der Finanzsektor muss schrumpfen. Die Aufgabe des kapitalistischen Staates ist es, den Finanzsektor zu bändigen und zu kontrollieren – nicht etwa umgekehrt wie gegenwärtig. Alle Finanzinstitutionen müssen der Aufsicht unterworfen werden. Die Bindung der Kreditvergabe an das Eigenkapital muss lückenlos gelten. Die staatliche Notenbank muss parlamentarischer Kontrolle unterworfen werden. Die Freiheit des Kapitalverkehrs über die Grenzen hinweg muss aufgehoben werden.
3. Der Staat muss aktiv steuernd ökonomisch handeln. Privatisierungen öffentlichen Eigentums sollen unterbleiben. Im Gegenteil, Risikosektoren der Volkswirtschaft wie die Banken oder natürliche Monopole wie die Energieversorgung und das Eisenbahnnetz müssen ohnehin eng staatlich kontrolliert werden und sollten daher auch im staatlichen Eigentum sein. Makroökonomisch kann nur der Staat antizyklisch handeln. In der aktuellen Krise muss er dazu kreditfinanziert die effektive Nachfrage massiv stärken. Am geeignetsten ist eine schnelle und deutliche Senkung der Verbrauchssteuern.

Wie jeder sofort erkennt, sind diese Forderungen zwar nicht revolutionär. Der Kapitalismus wird allein dadurch nicht abgeschafft. Sie werden dennoch schwer genug zu verwirklichen sein. Mit diesen Wegweisern aus der Krise gibt es eine Chance, viele Menschen davon zu überzeugen, dass es einen Weg überhaupt gibt, den einzuschlagen sie sich trauen.